

Lagebericht des Versorgungswerkes der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg für das Geschäftsjahr 2019

Grundlagen

Das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Baden-Württemberg ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Sitz in Stuttgart. Aufgabe des Versorgungswerks ist es, seinen Mitgliedern und deren Hinterbliebenen Versorgung nach Maßgabe des Rechtsanwaltsversorgungsgesetzes (RAVG) und der Satzung zu gewähren.

Das Versorgungswerk gewährt seinen Mitgliedern und deren Hinterbliebenen folgende Leistungen:

1. Altersrente
2. Berufsunfähigkeitsrente
3. Hinterbliebenenrente (Witwen-, Witwer- und Waisenrente)
4. Sterbegeld
5. Kapitalabfindung

Außerdem werden Zuschüsse für Rehabilitationsmaßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Berufsfähigkeit von Mitgliedern gewährt.

Entwicklung des Mitgliederbestands

Die Zahl der beitragspflichtigen Mitglieder (Anwärter), welche im abgelaufenen Geschäftsjahr Beiträge eingezahlt haben, lag zum Jahresende 2019 mit insgesamt 15.680 auf Vorjahresniveau (VJ 15.665).

Das Verhältnis zwischen selbständigen und angestellten Rechtsanwälten hatte sich im Geschäftsjahr 2019 zu Gunsten der Angestellten verändert: während zu Beginn des Jahres der Anteil der Selbständigen noch bei 52,5% lag, war dieser bis zum Bilanzstichtag geringfügig auf 51,1% zurückgegangen.

Der Anteil der Frauen an den Mitgliedern des Versorgungswerks war gegenüber dem Vorjahreswert um 2,2% bzw. 127 Mitglieder angestiegen, gleichzeitig verringerte sich der Bestand an Männern um 1,1% bzw. 112 Mitglieder. Insgesamt lag der Anteil der Männer bei den Mitgliedern zum Stichtag bei rund 61,8% (VJ 62,6%).

Die Anzahl der Mitglieder, die beitragsfrei gestellt waren, hatte sich im Vergleich zum Jahresende 2018 um 2,2% auf insgesamt 2.405 erhöht.

Die Anzahl der Leistungsempfänger war bis zum Jahresende 2019 auf insgesamt 3.686 Rentner gestiegen (VJ 3.326).

Das Versorgungswerk der Rechtsanwälte zählte damit zum Bilanzstichtag neben 15.680 Anwärtern und 3.686 Rentner insgesamt 19.366 Mitglieder.

	<u>Dez 19</u>			<u>Dez 18</u>			Veränderung		
	ges	m	w	ges	m	w	ges	m	w
Beitragszahler	15.680	9.694	5.986	15.665	9.806	5.859	15	-112	127
Pflichtmitglied	14.787	9.212	5.575	14.828	9.350	5.478	-41	-138	97
Freiwilliges Mitglied	893	482	411	837	456	381	56	26	30
Selbständige	8.010	5.408	2.602	8.230	5.584	2.646	-220	-176	-44
Angestellte	7.366	4.237	3.129	7.162	4.190	2.972	204	47	157
Sonstige	304	49	255	273	32	241	31	17	14
Beitragsfreie	2.405	1.282	1.123	2.353	1.268	1.085	52	14	38
Leistungsempfänger	3.686	2.587	1.099	3.326	2.346	980	360	241	119
Berufsunfähigkeitsrentner	60	35	25	64	37	27	-4	-2	-2
Altersrentner	2.912	2.424	488	2.590	2.186	404	322	238	84
dav.: Nichtmitglieder	39	4	35	34	4	30	5	0	5
Witwen/Witwer	534	35	499	495	34	461	39	1	38
Waisen	180	93	87	177	89	88	3	4	-1

Entwicklung der Beiträge

Das Beitragsvolumen stieg im abgelaufenen Geschäftsjahr um 2,8% bzw. 4,6 Mio. € auf 170,5 Mio. € gegenüber dem 31.12.2018 an.

Der Beitragssatz betrug 18,6% und die Beitragsbemessungsgrenze lag bei 6.700 €.

Entwicklung der Leistungen

In der Summe beliefen sich die Leistungen im Jahr 2019 auf insgesamt 70,4 Mio. € und lagen damit um 14,4% bzw. 8,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahreswert.

Der Rentensteigerungsbetrag lag unverändert bei 91,72 €.

Wesentlicher Anteil an dem Gesamtumfang entfielen auf Altersrenten (61,5 Mio. €, VJ 53,4 Mio. €), dem folgten die erbrachten Leistungen gegenüber Witwen und Witwern mit insgesamt 6,2 Mio. € (VJ 5,7 Mio. €) und die Berufsunfähigkeitsrente mit einem Volumen in Höhe von 1,4 Mio. € (VJ 1,4 Mio. €).

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die um Sondereffekte bereinigten Erträge aus Kapitalanlagen betrugen 99,7 Mio. € und lagen damit etwa auf Vorjahresniveau. Durch Erträge aus Zuschreibungen in Höhe von 8,7 Mio. € und Gewinnen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von 1,3 Mio. € erhöhten sich die Erträge aus Kapitalanlagen insgesamt auf 109,5 Mio. €.

Finanzlage

Die Finanzlage des Versorgungswerks war aufgrund der komfortablen Liquiditätsausstattung im gesamten Berichtsjahr 2019 geordnet. Das Versorgungswerk konnte seinen Zahlungsverpflichtungen jederzeit vollumfänglich nachkommen.

Stets überstiegen die eingehenden Beiträge der Mitglieder die Auszahlungen an die Leistungsempfänger.

Die Ordnungsmäßigkeit der Buch- und Belegführung im Berichtsjahr wurde durch die bestellten Kassenprüfer geprüft und dokumentiert.

Vermögenslage

Aktiva

Die Bilanzsumme war im Geschäftsjahr 2019 um 206,0 Mio. € auf insgesamt 4.084,7 Mio. € angestiegen.

Nach wie vor war das Versorgungswerk hauptsächlich in Wertpapierspezialfonds investiert. Der Gesamtbestand belief sich zum Bilanzstichtag auf insgesamt 2.965,1 Mio. €. Zum Jahresende bestanden acht Wertpapierspezialfonds die von der Universal Investmentgesellschaft mbH, Frankfurt am Main, der LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart und der HSBC Trinkaus & Burkhardt AG in Düsseldorf verwaltet wurden.

Daneben hielt das Versorgungswerk Immobilienfonds in einer Gesamthöhe von 722,5 Mio. €. Alle Immobilien des Versorgungswerks, mit Ausnahme der beiden eigengenutzten Büroetagen in der Hohe Straße 16 in Stuttgart, sind in fünf Grundbesitzspezialfonds organisiert, die von der Alternatives and Real Assets DWS Alternatives GmbH (früher RREEF Spezial Invest GmbH) in Frankfurt am Main, der BNP Paribas Real Estate Investment Management GmbH in München, der PATRIZIA Deutschland GmbH in Augsburg und der Principal Real Estate Spezialfondsgesellschaft mbH in Frankfurt am Main verwaltet wurden.

Die Beteiligung an einer immobilienhaltenden Gesellschaft betrug 46,2 Mio. € und entsprach damit dem Wert des Vorjahres.

Die Endfälligkeit eines Schuldscheins in Höhe von 9,0 Mio. € führt zum aktuellen Bestand in Höhe von 36,0 Mio. € an Schuldscheindarlehen und Darlehen.

Passiva

Zur Sicherstellung der Risikovorsorge wurden Zuführungen zur Verlustrücklage und zur Zinsschwankungsreserve vorgenommen. Unter Berücksichtigung der Entwicklung auf den Kapitalmärkten wurde bei der Bewertung der Deckungsrückstellung bereits im Geschäftsjahr 2017 ein Rechnungszinssatz von 3,0% vorläufig befristet bis 2025 und damit auch wieder im Jahr 2019 zugrunde gelegt.

Durch das vorliegende versicherungsmathematische Gutachten der Heubeck AG war die Deckungsrückstellung per Jahresende 31.12.2019 mit 3.739,7 Mio. € definiert worden.

Voraussichtliche Entwicklung mit Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2019 wurde eine Asset-Liability-Management-Studie (ALM-Studie) angefertigt, die auf einen Zeithorizont von 10 Jahren die Geschäftsentwicklung des Versorgungswerks prognostiziert. Auf Basis dieser Studie wurden die Kapitalanlagen ausgerichtet, um den langfristigen Verpflichtungen aus der Mitgliederversorgung nachzukommen.

Die langfristige Ertragserwartung aus der strategischen Allokation der Kapitalanlagen orientiert sich an der erwarteten Rechnungszinsentwicklung.

Die kurz- und langfristig erforderliche Liquidität des Versorgungswerks ist gesichert. Ebenso wurden die Anforderungen aus dem in 2019 durchgeführten Stresstest erfüllt.

Im Vermögensanlagesektor sind die Risiken u.a. dadurch minimiert, dass die Kapitalanlagen hauptsächlich in Wertpapierspezialfonds investiert sind und dass sie durch die o.g. namhaften Kapitalanlagegesellschaften nach bewährten Grundsätzen der Mischung und Streuung verwaltet werden.

Zur Früherkennung möglicher Gefahren orientierte man sich hinsichtlich eines Risikomanagementsystem an den Vorgaben der Arbeitsgemeinschaft Berufsständischer Versorgungseinrichtungen e.V. (ABV). Zusätzlich zum regelmäßigen Stresstest erfolgt eine schriftliche quartalsweise Berichterstattung an den Vorstand und an die Vorsitzende der Vertreterversammlung über die Entwicklung der Vermögensanlagen sowie eine Übersicht der Mischung und Streuung nach Anlageverordnung. Die in der Anlagenverordnung verpflichtend

vorgegebenen Quoten für bestimmte Assetklassen wurden im Berichtsjahr stets eingehalten.

Bezüglich der bestehenden Risiken erstellt der Vorstand jährlich einen Risikobericht.

Hierbei wird unterschieden zwischen

- Risiken, die sich aus dem Bestand der Mitglieder ableiten lassen,
- Risiken, die sich im Zusammenhang mit der Kapitalanlage ergeben können und
- Risiken, die aus dem Versicherungsbetrieb im Allgemeinen – Operationelle Risiken i.w.S. – auftreten können.

Risiken aus Prozessen mit Mitgliedern werden als gering eingestuft. Es gibt aktuell 33 Verfahren vor den Verwaltungsgerichten (VJ 38); sie betreffen in 6 Fällen Berufsunfähigkeitsrenten und in 4 Fällen Altersrenten.

Risiken, die sich aus dem Einsatz der Informationstechnologie ergeben, wurde besondere Bedeutung zugemessen. Im Vordergrund stand dabei die Sicherstellung eines ordnungsgemäßen und standardisierten Geschäftsbetriebes.

Auf der Grundlage der jüngsten Entwicklung im Zusammenhang mit der „Corona-Krise“ geht das Versorgungswerk davon aus, dass die deutsche Wirtschaftsleistung mindestens in der ersten Hälfte des Jahres 2020, gegebenenfalls auch länger negativ beeinflusst sein wird.

In Folge der Pandemie könnte die Erreichung der für das Versorgungswerk festgelegten Ziele negativ beeinträchtigt werden. Aufgrund der hohen Dynamik in der Ausbreitung wie auch in dem letztendlichen Einfluss auf die Gesamtwirtschaft in Deutschland ist eine Prognose des Geschäftsverlaufs wie auch die ihn beeinflussenden Faktoren nur sehr eingeschränkt möglich.

Die Verwaltung des Versorgungswerks wurde Mitte März 2020 rechtzeitig in einen Notfallbetrieb versetzt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten gemäß dem Notfallplan primär dezentral. Die Geschäftsprozesse laufen reibungslos; der Betriebsablauf ist sichergestellt.